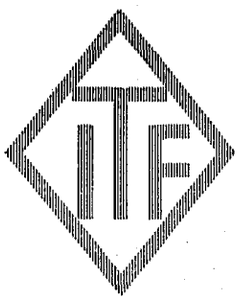
# FASCHISMUS

No. 21 Amsterdam, den 2. November 1935.



Der Boykott wirkt in Italien. (I.T.F.) Die Proklamierung des Boykotts gegen den italienischen Faschismus durch die Organisationen der Transportarbeiter hat in der italienischen Arbeiterschaft einen starken Eindruck gemacht. Die Tageszeitung der italienischen Korporationen, Il Lavoro Fasciata, versucht durch einen heftigen Angriff auf die internationalen Arbeiterorganisationen diesen Eindruck abzuschwächen. In grosser Aufmachung wendet sie sich (am 12. Oktober) gegen den Boykottbeschluss der französischen Hafenarbeiter und Seeleute und behauptet, dass sich dieser Boykott gegen "das proletarische Italien wendet... Wir haben nie an die Arbeiter-Internationalen geglaubt... Doch dies Verbrechen (der Gewerkschaften)wird von der Geschichte verzeichnet werden mit den Namen der Hintermänner und derer, die es ausführen... Aber dieser Dolchstoss gegen die italienischen Arbeiter wird den Granitblock, den alle italienischen Schaffenden durch ihr diszipliniertes und unbedingtes Bekenntnis zum faschistischen Regime bilden, nicht erschüttern können."

Die Aktion gegen den Faschismus hat den "Granitblock" des Vertrauens zum faschistischen Regime schon erheblich erschüttert, auch die nervöse Verteidigung des Organs der Korporationen beweist es. Die Aktion der Arbeiter-Internationalen, der Boykott der I.T.F. und der ihr angeschlossenen Organisationen wendet sich nicht gegen die italienische Arbeiterschaft, er unterstützt vielmehr "ihren Kampf für Freiheit und Lebensrecht". Allerdings in anderem Sinne als Mussolini es meint. Ein freies Italien wird in seiner Geschichte ehrenvoll die Namen derer nennen, die heute die Aktion gegen die faschistische Diktatur durchführen.

Schärfste Verurteilung. (I.T.F.) Auch die Gewerkschaften der U.S.A. wenden sich gegen den Raubzug des italienischen Faschismus. Der Präsident der American Federation of Labor William Green schrieb (am 11. Okt.) der freien Gewerkschaft der italienischen Bekleidungsarbeiter in New York: "Ich halte den Einfall der italienischen Armeen in Abessinien für unverantwortlich, er verdient die schärfste Verurteilung. Labor wendet sich unnachgiebig gegen den von Italien angezettelten Krieg."

Italien hungert. (I.T.F.) Die Lebensmittelpreise steigen in Italien in immer schnellerem Tempo. Die Kosten des abessinischen Raubzugs werden in erster Linie durch Massensteuern aufgebracht, durch erhöhte Verbrauchssteuern, durch Besteuerung des Gütertransports auf Schiene und Strasse und durch Verteuerung der Kohle durch das staatliche Monopol. Die Einfuhr wird aus Devisenmangel immer rigoroser auf Rüstungsrohstoffe beschränkt, die Aufkäufe für das Heer verringern die Vorräte und die beginnende Inflation treibt bei gleichbleibenden Papierlöhnen die Preise hoch. Die Vermögenden suchen sich gegen die Preissteigerung und die drohende Lebensmittelknappheit durch Hamstern zu schützen. Der Umsatz von Salzfleisch, Speck, Salzfisch und Käse ist beträchtlich gestiegen. Doch trotz dieser Hamsterkäufe ist der Umsatz des Einzelhandels an Lebensmitteln erheblich gesunken, der Verbrauch der Arbeiterfamilien ist sprunghaft zurückgegangen. Nach einer Erhebung der Mailänder Einzelhandelsvereinigung lag der Umsatz im Juni 1934 0,8% unter dem Umsatz im Januar 1934, im Juni 1935 um 9,3%. Im Juli 1934 lag der Umsatz um 13,4% unter dem Januarumsatz 1934, im Juli 1935 um 23,5%. Im August 1934 lag der Umsatz um 27,2% unter dem Januarumsatz, im August 1935 bereits um 35,7%! Die Arbeiter hungern.

Die Heimwehr setzt sich durch. (I.T.F.) "Am 30. Juni 1934 hat Hitler Röhm, den eigentlichen militärischen Organisator des Nazisieges, den Abgott der SA, erschiessen lassen. Am 17. Oktober hat Starhemberg dem Fey, dem Sieger des Wiener Februarblutbades 1934, den Ministersessel vor die Tür gestellt. Fey war im Gegensatz zu dem Fürsten Starhemberg, der mit den Kapitalisten versippt ist und sich in nobler Gesellschaft zu bewegen weiss, der hinaufgekommene Deklassierte, der Bluthund, den man braucht, um die Arbeiter niederzuwerfen, aber zugleich der unsichere Kantonist, den alle Welt verachtet". ("Arbeiterzeitung" der "Revolutionären Sozialisten"). Deshalb musste er verschwinden.

Mit dem Sicherheitsminister Fey verschwanden 3 Staatssekretäre und 2 Minister, der Finanz- und der Sozialminister. Zum Finanzminister wurde der Rechtsanwalt Starhembergs ernannt; die Heimwehr muss jetzt die österreichische Staatskasse ganz zur Verfügung haben, da Mussolini, der sie bisher finanzierte, jetzt Italiens Geld für den Krieg in Afrika braucht. Zum Sozialminister wurde ein monarchistischer Universitätsprofessor ernannt. Der Staatssekretär für Arbeiterfragen Grossauer wurde durch den gelben Heimwehrler Znidaric ersetzt, die vom Grossbesitz gestützte Heimwehrleitung hat gleichzeitig mit dem Schlag gegen den rebellischen Unterführer einen Schlag gegen die unter dem Druck der Arbeiter radikalisierten Überreste der christlichen Arbeiterorganisationen geführt. "Die christliche Arbeiterschaft verliert durch das Ausscheiden des Staatssekretärs Grossauer aus der Regierung die Möglichkeit unmittelbarer Mitarbeit in der Führung der Staatsgeschäfte", klagt das "Zentralorgan der christlichen Arbeiterbewegung" (Nr. 43). Der Wortführer der Christen, Staatsrat Kunschak, hoffte bescheiden, dass der neue Staatssekretär "nicht just Krieg" gegen die Überreste der christlichen Organisationen führen wird. Doch der neue Sozialminister kündigte bereits "eine Gesamtregelung verwaltungstechnischer Erledigungen beim Gewerkschaftsbund" an ("Arbeiterwoche" Nr. 25), also eine Säuberung der faschistischen Einheitsgewerkschaft von den ehemaligen christlichen Gewerkschaftern. An einen Widerstand können die Leiter der Christen nicht denken. Sie hatten im Februar 1934 ihre Wehrorganisation, den Freiheitsbund, an der Seite der Heimwehr gegen die sozialistischen Arbeiter kämpfen lassen. Jetzt wurde der "Freiheitsbund" zusammen mit anderen Wehrorganisationen der Miliz der Heimwehr eingegliedert. Die Heimwehr setzt sich durch. Sie hatte schon im Sommer offen erklärt: "Unter dem Einfluss des Geistes (des päpstlichen Rundschreibens) "Quadragesimo anno" wurde den marxistischen Arbeiterkreisen eine Führerschicht aufgezwungen, die ihrem Denken und Fühlen nicht entsprach und der gegenüber sie sich innerlich wesensfremd fühlten". Sie wandte sich gegen die Entwicklung der Einheitsgewerkschaft zu"einer neuen christlichen Arbeiterorganisation" gegen die "Kompromisslösung, die keine endgültige sein kann" ("Innsbrucker Nachrichten", 28. August). Die Christen, die zusammen mit der Heimwehr die Arbeiterorganisationen zerstört hatten, wollten jetzt gegen die Heimwehren an die Arbeiter appellieren. Staatssekretär Grossauer forderte Beseitigung der Kommissare. "Mitarbeit und Kontrolle (der Arbeiter) bei den jetzt besonders hervortretenden Kartellbildungsbestrebungen, bei der Einsetzung von Verwaltungskörpern in die Institute der Sozialversicherung" und "die Vorbereitung zur

freien Wahl der Vertrauensmänner in den Betrieben" (Österreichische Arbeiterzeitung, 14. September). Er hoffte, dass die Arbeiter sich für die ehemaligen christlichen Gewerkschafter und gegen die Heimwehrler aussprechen würde.

Dieser Vorstoss hat dem Exponenten der Christen das Amt gekostet. An seiner Stelle ist ein zuverlässiger Heimwehrler ins Sozialministerium eingezogen, den christlichen Organisationen wurde die öffentliche Agitation untersagt, es bleibt ihnen im christlichen Ständestaat nur noch die Flucht in die katholischen Kongregationen, in die katholischen Männer- und Frauenvereine. Das Paktieren mit dem Faschismus hat ihnen nicht geholfen.

Ein Führer. (I.T.F.) In faschistischen Diktaturen gelten Minister als begnadete Führer, die über jede Kritik erhaben sind. Jetzt hat das "Zentralorgan der christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung", die "Österreichische Arbeiterzeitung" einen solchen begnadeten Führer, den bisherigen Minister für Soziale Verwaltung und ständischen Aufbau treffend charakterisiert: "Minister Neustädter-Stürmer hat den untrüglichsten Beweis für die Dürftigkeit seines sachlichen Wissens um die Aufgaben des ihm anvertrauten Amtes erbracht. Seine unzulängliche Eignung zum Amte eines Sozialministers war überdies noch gepaart mit einer ganz ungezügelten Neigung zur Rechthaberei und Machtdünkel. Der christlichen Arbeiterbewegung und ihren führenden Männern hat er mit Hass gegenübergestanden und kindische Freude darüber empfunden, wenn er diesen Männern, selbst auch nur durch Nadelstiche, seine Gegnerschaft bekunden konnte. "Die Ausgabe der "österreichischen Arbeiterzeitung" wurde dieser trefflichen Kritik des ersten Sozialministers des christlichen Ständestaats wegen beschlagnahmt und ihr Redakteur Kunschak, der Verfasser, zu einer Geldstrafe verurteilt.

Stände am Ende. (I.T.F.) Das österreichische "Ministerium für soziale Verwaltung und ständischen Aufbau" wurde in "Ministerium für soziale Verwaltung" umbenannt. Im "christlichen Ständestaat" wird der "ständische Aufbau" abgebaut.

Gepresste Mitglieder. (I.T.F.) Die österreichische faschistische Einheitsgewerkschaft kennt offiziell nur freiwillige Mitglieder. In Wirklichkeit aber wird der Beitritt zu dieser faschistischen Organisation erpresst. Typisch für die Werbemethoden der Einheitsgewerkschaft ist ein (Ende September erlassenes) Rundschreiben der Betriebsleitung der Wiener Schuhfabrik Bally: "Die Direktion (!) der Firma Bally hat seit über einem Jahr mehrmals an die Arbeiterschaft die Aufforderung gerichtet, sowohl der Vaterländischen Front wie der zuständigen Gewerkschaft als Mitglied beizutreten, um dadurch den Willen zur Mitarbeit im Aufbau unseres Standes kund zu tun.

Leider hat bisher nur ein kleiner (!) Teil der Arbeiterschaft ihren Beitritt zu diesen beiden Organisationen durchgeführt. Die Vaterländische Front sowie auch die Gewerkschaft sind mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden und wir (!) sind daher gezwungen, Verfügungen zu treffen, damit alle unsere Arbeiter und Arbeiterinnen Mitglieder der beiden Organisationen werden.

Zu diesem Zwecke wird ab 1. September d. J. bei Auszahlung des Lohnes der Mitgliedsbeitrag für die Gewerkschaft sowie auch für die Vaterländische Front in Abzug gebracht.

Da nur ein Nichtmitglied Veranlassung hat, den Abzug zu verweigern, kann durch diesen Vorgang genau festgestellt werden, wer nicht der Gewerkschaft und der Vaterländischen Front beigetreten ist und haben sich die Folgen selbst zuzuschreiben".

"Tatsächlich schlecht". (I.T.F.) "Der Vorposten", die Tageszeitung der Danziger Naziregierung, stellt (am 19. Oktober) resigniert fest, es sei "leicht, in der Bevölkerung eine Missstimmung durch immerwährendes Hinzeigen auf die tägliche Misere zu erzeugen", da es den Danzigern unter der Nazi-Regierung "tatsächlich schlecht geht".

Hitler lässt betteln! (I.T.F.) Nach den Erklärungen des deutschen Propagandaministeriums geht es den Arbeitern im Dritten Reich von Tag zu Tag besser. Gelegentlich aber lässt sich die Wahrheit nicht verschweigen. So bringt das in New York für den offiziösen "Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverband" herausgegebene "German-American Commerce Bulletin" (im Septemberheft 1935) eine bezeichnende Anzeige: "Lebensmittel nach Deutschland". In diesem Hilfe-

ruf des Dritten Reiches muss die Wahrheit gesagt werden, denn sonst laufen keine Almosen ein. Deshalb wird zugegeben: "In Deutschland steigen die Kosten für den Lebensunterhalt. Die Löhne fallen. Es fehlt die Kraft zu kaufen." Es wird förmlich gefleht, wartet nicht länger, wenn ihr helfen wollt, helft j e t z t !".

Das Dritte Reich steht nach der Feststellung Görings (in Nürnberg am 15. September) "am Abschluss einer ersten Aufbauperiode". Für die Opfer dieses "Aufbaus" muss Hitler im Ausland betteln lassen!

Wohlfahrtsempfänger Krupp. (I.T.F.) Der Fleisch- und Fettmangel hat in den Betrieben des Dritten Reiches so starke Unruhe ausgelöst, dass die nationalsozialistische Diktatur in den Grossbetrieben verbilligte Nahrungsmittel verteilen lässt. Auch im Kriege erhielten die Arbeiter der Rüstungsbetriebe besondere Schwerarbeiterzulagen. Industriellen und Generaldirektoren wurde diese zusätzliche Nahrungsmittelration nicht zugeteilt, da man mit Recht annahm, dass Schwerverdiener noch nicht Schwerarbeiter sind. Heute aber werden die Rüstungs-Schwerverdiener als Schwerarbeiter betrachtet. Im westdeutschen Industriegebiet erhielten die Belegschaften "bis hinauf zu den höchstbezahlten Angestellten und Direktoren" Fleischkonserven 20% unter dem Ladenpreis. Diese nationalsozialistische Fürsorge für die Schwerverdiener hat unter den Arbeitern begreifliche Empörung ausgelöst. Die Schlächter, die durch diese Belieferung ihrer zahlungsfähigen Kunden unter dem Grosshandelspreis erheblichen Verdienstverlust hatten, sind derartig entrüstet, dass das Mittelstandsorgan "Deutsche Wirtschaft" in seiner Septembernummer trotz des (am 22. August ergangenen) Verbotes des Propagandaministers über diese nationalsozialistische Volkswohlfahrt berichtete

Freie Bahn den Unternehmern! (I.T.F.) Mit der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften und des von ihnen aufgebauten Arbeitsrechts hatten die Nationalsozialisten den Arbeitenden den kollektivvertraglichen Schutz der Löhne und Gehälter genommen. Für eine Übergangsfrist wurde uferlose Lohnkonkurrenz in manchen Betriebszweigen durch die Tarifordnungen der beamteten Treuhänder eingedämmt. Mit Genehmigung des Treuhänders konnten bisher schon für ganze Betriebe die Tarifordnungen ausser Kraft gesetzt und Entlohnung unter dem Existenzminimum gestattet werden. Jetzt wird die Zerschlagung des einheitlichen Lohnniveaus fortgesetzt Der Treuhänder kann jetzt durch schriftliche Anordnung, falls er es aus "wirtschaftlichen oder sozialen Gründen" für "dringend geboten" hält, einzelne Betriebe, "einzelne Betriebsabteilungen", ja sogar "bestimmte (!) Gefolgschaftsmitglieder" aus der Tarifordnung herausnehmen (14. Verordnung zum Arbeitsordnungsgesetz, Reichsgesetzblatt Nr. 113). Die Tarifordnungen, die laufend im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht werden, sind nur noch eine Fassade. Sie täuschen Löhne und Gehälter vor, die nicht mehr allgemein gezahlt werden. Für die Arbeiter und Angestellten, die aus der Tarifordnung herausgenommen wurden, setzt der Unternehmer nach Gutdünken den Lohn fest.

Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften versprach Hitler (auf dem Gründungskongress der Arbeitsfront als "ehrlicher Makler" für die Arbeiterschaft einzutreten. Die Beamten, denen die Kontrolle und Festsetzung der Löhne übertragen wurde, die Treuhänder der Arbeit, wurden ihm persönlich unterstellt. Doch schon nach wenigen Monaten entzog sich Hitler in gewohnter Tapferkeit der grossprecherisch übernommenen Verantwortung und liess die Treuhänder der Bureaukratie eingliedern. Der Ausspruch des "totalen Staates", die Löhne festzusetzen, blieb zunächst bestehen. Aber jetzt zieht sich der "totale Staat" aus der Lohnpolitik zurück. An seine Stelle tritt die "Volksgemeinschaft im Betriebe", nicht der einzelne Unternehmer, die Lohnpolitiker bestimmen immer offener die "aufgelösten" Arbeitgeberverbände. Aus dem Ruhrgebiet meldet der "Völkische Beobachter" (Nr. 295) bereits, dass die Unternehmerverbände Rundschreiben versenden, "um eine Angleichung der Löhne im gesamten Revier zu erreichen" -- . Dieses Vorgehen der Unternehmerverbände ist noch ungesetzlich, doch der sozialpolitische Apparat der Arbeitgeberverbände wird schon vollkommen legal aufgebaut. Die Arbeitsfront muss im ganzen Reich für die wichtigsten Industriezweige überbetriebliche "Arbeitsausschüsse einrichten, die zur Hälfte aus Unternehmern und Belegschaftsangehörigen bestehen. Durch das Abkommen der Deutschen Arbeitsfront mit dem nationalsozialistischen Juristenbund (6. Okt.) kann jetzt jeder Unternehmer seinen Syndikus leicht als "Gefolgschaftsmitglied" in den Vertrauensrat und den "Arbeitsausschuss" delegieren, denn in die Arbeitsausschüsse sollen zur Erörterung sozialpolitischer Fragen

"sach- und fachkundige Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder entsandt werden. Die Unternehmer haben damit eine legale Möglichkeit, zusammen mit ihren Syndici die Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihrem Bezirk zu regeln. Der "totale Staat" zieht sich aus der Lohnpolitik zurück, die Gewerkschaften sind zerschlagen, die Arbeitgeberverbände haben fast freie Hand. Gegen jeden Versuch eines Wiederaufbaus von Organisationen zum Schutz der jetzt wehrlosen Arbeiter und Angestellten wird der nationalsozialistische Terrorapparat eingesetzt.

"Die Kosten zahlt die Arbeiterschaft". (I.T.F.) "Die Führer der (Nazi-)Partei" versprachen "wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung der Punkte (des Parteiprogramms) einzutreten", auch für die "Verstaatlichung aller bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts)". Die Führer der Nazipartei lassen ihr Leben durch gutbesoldete Leibgarden bewachen, aber verstaatlichen liessen sie noch keinen einzigen Grossbetrieb. Auch die Betriebe, die jüdischen Kapitalisten gehörten, werden nicht verstaatlicht, die bisherigen Besitzer werden veranlasst, ihre Betriebe an "arische" Kapitalisten zu verkaufen. Die "arischen" Arbeiter und Angestellten der aufgekauften Betriebe werden zum grossen Teil erwerbslos. Der "Völkische Beobachter", das Zentralorgan der NSDAP, berichtet(in Nr. 296): Grossbetriebe, die jüdischen Unternehmern gehörten, stehen jetzt zum Verkauf. "In erster Reihe der in Betracht kommenden Käufer stehen die Grossunternehmungen und Konzerne. Die haben am ehesten Mittel für den Aufkauf grösserer Werke... Die Käuferwerke haben an den angegliederten, früher jüdisch bestimmten Werken in erster Linie ein marktpolitisches Interesse. Sie erweitern ihren Einfluss, um einen Konkurrenten los zu werden. Die Kosten dafür hat somit die Arbeiterschaft in den früher jüdisch bestimmten Werken zu zahlen, die teilweise entlassen wird." Die Aktion gegen die jüdischen Kapitalisten führt nur zur Verstärkung der Macht der "arischen" Kapitalisten, der "weissen" Juden, zur Vergrösserung der Konzerne und Trusts, und zu Massenarbeitslosigkeit.

Wo bleibt das Geld der Arbeitsfront? (I.T.F.) Am 1. November wurden die Arbeitsfrontbeiträge wieder einmal erhöht. Durch Rohstoffmangel, Rückgang des Verbrauchs und Auslaufen gewisser Rüstungsaufträge müssen immer Grossbetriebe zu Kurzarbeiten übergehen, werden Arbeiter entlassen, die Arbeitsfront aber will ihre Einnahmen auf alter Höhe halten. Für Erwerbslose und Kurzarbeiter, die bisher 20 Pfg. pro Monat zu zahlen hatten, sind deshalb die Beiträge verdreifacht worden. Gleichzeitig hat die Arbeitsfront auch die Beitragsvergünstigung für Mitglieder der Nazipartei, der SA, SS und der Hitlerjugend aufgehoben. Diese Nationalsozialisten konnten bisher, falls sie es wünschten, nur Verwaltungskostengebühren zahlen, jetzt werden sie gezwungen, genau wie die ehemaligen Gewerkschafter, die in die Arbeitsfront gepresst wurden, vollen Beitrag zu zahlen. An einen Austritt können sie nicht denken. Die Arbeitsfront hat am 23. Oktober eine Warnung veröffentlicht: wer einmal aus der Arbeitsfront ausgetreten ist, "kann nie mehr Mitglied der Deutschen Arbeitsfront werden und hat die Folgen zu tragen", er wird nicht mehr in Arbeit vermittelt. ("Angriff", Nr. 249).

Wo die von der Arbeitsfront erpressten Beiträge bleiben, wird den Mitgliedern ängstlich verschwiegen. Auf dem Nürnberger Kongress der Arbeitsfront wurde zum 4. Mal eine Abrechnung über die Finanzen der Arbeitsfront im Jahre 1934 gegeben, zum 4. Mal wurden andere Zahlen veröffentlicht. Wahrscheinlich sind alle Rechnungslegungen gefälscht. Bisher aber konnten die Mitglieder bei den Serienprozessen gegen korrupte braune Bonzen wenigstens erfahren, wo ein Teil ihrer Beiträge geblieben ist. Jetzt aber hat die Arbeitsfront ein besonderes Korruptionsgericht errichtet, einen "Disziplinar- und Ehrenhof", der hinter verschlossenen Türen tagt. Und da seit dem 30. September jeder Kritiker der Arbeitsfront vor das Sondergericht gestellt werden kann, werden die wenigen Eingeweihten noch vorsichtiger mit ihren Berichten über die Stellen sein, bei denen Geld der Arbeitsfront bleibt.

"Das ganze Deutschland..." (I.T.F.) Das Zentralorgan der NSDAP, der Völkische Beobachter, versichert (am 8. Okt.) wieder einmal: "Das ganze Deutschland ist nationalsozialistisch". 9 Tage vorher sah sich die Nazidiktatur genötigt, in einer eiligen Verordnung festzulegen, dass jeder, der die Nazipartei oder eine ihrer Gliederungen" beschimpft oder böswillig und mit Überlegung verächtlich macht", vor ein Sondergericht gestellt wird. Zu

den Gliederungen der NSDAP, die sich nur durch Justizterror vor der wachsenden Kritik schützen können, gehört auch die Deutsche Arbeitsfront.

Chauffeure können stempeln gehen. (I.T.F.) Am 1. Oktober ging in Deutschland die Regelung des "Gelegenheitsverkehrs" von den Ortspolizeibehörden auf die Reichsbehörden über. Für sämtliche 21 500 Auto-Taxis mussten die Konzessionen neu beantragt werden, die Behörden erklärten, dass für ein Drittel der ca. 13 200 in den Grossstädten laufenden Taxis die Konzession eingezogen würde, für 12% der 850 in den Mittelstädten und für 8% der 7 500 in den Kleinstädten fahrenden Wagen. Nur durch diesen scharfen Eingriff sei den Taxiunternehmen zu helfen. Taxiunternehmern in Gross- und Mittelstädten, die vor dem 1. Oktober freiwillig ausschieden, wurde eine Abfindung von 2 - 3 000 RM für den ersten Wagen, von 350 - 500 RM für jeden weiteren Wagen angeboten. Für Kleinstädte wurde jede Abfindung verweigert. An eine Entschädigung der Chauffeure wurde überhaupt nicht gedacht. Nur ein kleiner Teil der Taxiunternehmer verzichtete freiwillig auf die Konzession, in Berlin wurde nur für 760 von ca. 6 000 Wagen eine Abfindung beantragt. Die Nazi-Behörden liessen sich dadurch nicht abschrecken. In Hamburg wurden von 1553 Taxis 713 die Konzession entzogen, in Berlin wurden 2 400 Konzessionen nicht erneuert. Wie nicht anders zu erwarten, wurden im Dritten Reich der Volksgemeinschaft vor allem Selbstfahrern und Kleinstunternehmern die Konzession entzogen, Grossunternehmern wurden gleichzeitig neue Konzessionen erteilt! Die Empörung unter den Kraftfahrern ist darüber so gross, dass selbst das "Schwarze Korps", ein der Geheimen Staatspolizei nahestehendes Nazi-Wochenblatt, protestieren muss: "Auch heute noch sind 90% aller (Berliner) Kraftdroschkeninhaber kleine Gewerbetreibende. Unter ihnen befinden sich etwa 2800, die nur eine Kraftdroschke besitzen, von der sie den Lebensunterhalt ihrer Familie und meist auch eines Fahrers bestreiten". Aber "während Frontkämpfer und Parteigenossen (!) ihre Existenz verlieren sollten, erhielten jüdische (!) Grossbetriebe neue Konzessionen". Selbst nationalsozialistische Kraftfahrer wurden den Grossbetrieben geopfert!

Der geliebte Führer. (I.T.F.) Am 29. Juni eröffnete Hitler die Autostrasse, die von München zu seinem Landsitz führt. Jetzt hat die oberste Bauleitung dieser Autostrasse einen Bericht veröffentlicht, in dem sie über "die sehr häufige Zerstörung der in regelmässigen Abständen an den Aussenseiten der Fahrbahn stehenden Richtungszeichen" klagt. "Es müssen nicht weniger als 3 Richtungszeichen im Tagesdurchschnitt durch neue ersetzt werden". Die Bauleitung der "Strasse des Führers" musste Belohnungen für die Ergreifung der Saboteure aussetzen.

Wieder Stempelkarten-Austausch. (I.T.F.) Der Bankrott der nationalsozialistischen Arbeitsschlachten lässt sich nicht mehr verbergen. Trotz Masseneinziehungen zum Arbeitsdienst und Aufstellung einer Halbmillionen-Armee ist die Zahl der Arbeitslosen im September, mitten in der Hackfruchternte der Agrarprovinzen, gestiegen. Die Aussichten für die sogenannte "Alte Garde" der Nationalsozialisten, die ersten Mitglieder der Hitlerpartei, jemals wieder in feste Arbeit zu kommen, sinken. Gegen die Versuche der NSDAP, Einstellungen von "Altgardisten" in der Privatwirtschaft durch Entlassung bisher Beschäftigter zu erlangen, haben sich starke Widerstände gezeigt, die Arbeitsgerichte haben ein Recht der Entlassung langjährig Beschäftigter zwecks Einstellung "alter" Nationalsozialisten verneint. In zahlreichen Betrieben sind viele der 1933 unter Druck der NSDAP eingestellten Parteimitglieder wieder entlassen worden, nur in öffentlichen Betrieben ist bisher die Position der "Altgardisten" gesichert. Doch bei der schlechten Finanzlage der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen ist an zusätzliche Neueinstellungen nicht mehr zu denken; es sollen wieder Stempelkarten ausgetauscht werden. Auf dem Nürnberger Parteitag hat der stellvertretende Leiter des Hauptamts für Kommunalpolitik der NSDAP mitgeteilt, dass in den Kommunal- und Staatsverwaltungen "eine nochmalige Auskämmung von ungeeigneten Elementen, die nach wie vor dem Nationalsozialismus innerlich fremd gegenüberstünden", geplant sei. Den Beamten sind nochmals Fragebogen zur Feststellung ihrer "Staatstreue" und Prüfung ihrer Vertrauenswürdigkeit bei Verwendung auf besonderen Dienstposten zugegangen. In den Fragebogen muss wiederum die frühere Partei- und Organisationszugehörigkeit angegeben werden. Auf Grund des Materials soll dann wieder

ein neuer Stempelkartenaustausch inszeniert werden: wie 1933 sollen Arbeiter, Angestellte und Beamte stempeln gehen, damit "alte Kämpfer" die Segnungen der Hitlerschen Arbeitsschlacht verspüren.

Rasse und Klasse. (I.T.F.) Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat in den ersten Monaten 1933 17 000 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Beamte entlassen. Die Arbeiter wurden fristlos auf die Strasse gesetzt, einem kleinen Teil der Beamten wurde oft erst nach Monaten eine Pension zuerkannt. Nach nationalsozialistischer Auffassung waren die Entlassenen "verhetzte Volksgenossen", die sich vom "semitischen Erbfeind" verführen liessen. Aber während die "verhetzten Volksgenossen" auf die Strasse flogen, konnten in der Direktion der Deutschen Reichsbahn an leitender Stelle jüdische Beamte nahezu unbehelligt arbeiten. Als im Mai 1933 der von den Nazis eingesetzte Vorsitzende des Hauptbetriebsrats einen Vorstoss gegen die jüdischen Beamten der Hauptverwaltung unternahm, griff Hitler persönlich zum Schutze der jüdischen Reichsbahndirektoren ein. Erst am 18. September 1935 sind diese leitenden Beamten beurlaubt worden und werden, falls ihre Beurlaubung nicht noch rückgängig gemacht wird, mit voller Pension zur Ruhe gesetzt werden.

Die Betriebsgemeinschaft. (I.T.F.) Das alljährliche Wettrennen der Berliner Zeitungsfahrer fand in diesem Jahr zum ersten Mal als Veranstaltung der Deutschen Arbeitsfront statt. Die Deutsche Arbeitsfront hat bekanntlich die Betriebsgemeinschaft "verwirklicht". Aber, klagt das Organ der veranstaltenden Reichsbetriebsgemeinschaft, "Der Korrespondent" vom 28. September, "die Plätze der Betriebsführer waren leer" und trübselig fügte es hinzu: "Auch bei solchen Veranstaltungen beurteilt man die Betriebsgemeinschaft" -- und beurteilt sie richtig.

Maul halten! (I.T.F.) Die Deutsche Arbeitsfront hatte "Sprecher der Jugend" in den Betrieben ernannt. Diese "Sprecher" durften den Mund nicht aufmachen, aber ihr Titel konnte irreführen. Sie haben deshalb die Bezeichnung "Betriebsjugendwalter" erhalten und die Anweisung "die Arbeit geschieht im Dienste der Betriebsgemeinschaft, sie wird niemals als Ventil für Oppositionsbestrebungen innerhalb des Betriebes missbraucht werden dürfen". (Informationsdienst der DAF, 26. IX. 35. )

"Vorbildliche Lohnsätze". (I.T.F.) Der "Völkische Beobachter" (vom 21. September) veröffentlicht die Lohnregelung der "Landhelfer" im Regierungsbezirk Schneidemühl an der polnischen Grenze. Es erhalten pro Monat:

| im Alter von | 14 Jahr. | 16 Jahr. | 18 Jahr. | 20 Jahr. | 23 Jahr. | 25 Jahr. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| männl.Helfer | -- | 16.-- | 18.-- | 20.-- | 23.-- | 25 RM |
| weibl.Helfer | 12.60 | 14.40 | 16.20 | 18.-- | 20.70 | 22.50 |

Die Landhelfer müssen 2/3 der Krankenkassenbeiträge, die Hälfte der Invalidenversicherungsbeiträge selbst zahlen, werden zur Bürgersteuer veranlagt, haben Beiträge zur Arbeitsfront und Hitlerjugend zu entrichten, in vielen Fällen noch zur Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Das Zentralorgan der NSDAP bezeichnet diese Regelung der Barlöhne als "mustergültig" und lobt die "vorbildlichen Lohnsätze"!

Ein Auto-Bonze. (I.T.F.) Der Leiter der "Reichsbetriebsgemeinschaft Verkehr und öffentliche Betriebe", Pg. Körner, ist ganz besonders vornehm. In der Garage, die er sich in sein Haus einbauen liess, stehen ein vornehmer schwarzer sechssitziger Mercedes-Benz, und ein hellblaues Kabriolett, beides Privateigentum des seit Mai 1933 plötzlich sehr vermögenden Herrn. Er soll sich die Autos erhungert haben.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Anhang 21. Amsterdam, den 2. November 1935.

## DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Bahnschutz. (I.T.F.) Die Deutsche Reichsbahn nimmt im ganzen Reichsgebiet -- auch in der entmilitarisierten Zone -- Neueinstellungen in den "Bahnschutz" vor. Alle jüngeren Arbeiter und Beamten werden zum Eintritt angehalten. Sie werden 4 Wochen ausgebildet und müssen sich verpflichten, nach Absolvierung des Kurses an regelmässigen Schiessübungen teilzunehmen. Während der Ausbildungszeit wird ihnen neben dem Lohn pro Tag eine Mark Zuschuss bezahlt. Ausgesuchte jüngere Bedienstete der Deutschen Reichsbahn wurden für 3 Monate in ein Fliegerlager abkommandiert. Auch ihnen wurde der volle Lohn weitergezahlt. Die Armee betrachtet das Personal der Deutschen Reichsbahn als ihr natürliches Reservoir und fördert die Militarisierung des grössten Betriebes der Welt. Die Reichsbahn muss diese Militarisierung trotz ihrer katastrophalen Finanzlage aus eigenen Mitteln finanzieren.

Dividenden gehen vor. (I.T.F.) Der Nazi-Treuhänder hat den 1932 von den freien Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifvertrag für die deutsche Rheinschiffahrt durch eine Tarifordnung ersetzt. Die in der Partikulier-Schiffahrt beschäftigten Matrosen werden von der Tarifordnung nicht mehr erfasst, für etwa ein Viertel der in der Rheinschiffahrt beschäftigten Mannschaften ist also nur noch die Arbeitszeit geregelt, ihren Verdienst kann auf Grund des Nazi-Arbeitsordnungsgesetzes souverän der Schiffseigner festsetzen. Bei den Reedereien lässt die Nazi-Tarifordnung die Brutto-Grundlöhne der Steuerleute, Matrosen und 2. Maschinisten auf dem Tiefstand des Krisenjahres 1932, trotzdem die grossen deutschen Rheinreeder wie Fendel ihre Dividende verdoppeln konnten. Da die gesetzlichen und "freiwilligen" Abzüge unter der nationalsozialistischen Diktatur beträchtlich erhöht wurden, liegen die Nettoverdienste der Rheinschiffer heute noch unter dem Krisenstand von 1932. Die neueingeführte Kinderzulage von 3-11% ist für diese Verschlechterungen kein Ausgleich. Nach den Feststellungen des Rheingutachtens hat nur ein kleiner Teil der Mannschaften für Kinder zu sorgen. Die bisher für Kapitäne, Schiffsführer und 1. Maschinisten durch den Tarifvertrag geschützten Steigerungen sind fortgefallen, der Treuhänder hat nur noch das Anfangsgehalt garantiert.

Die 24 freien Sonntage wurden durch Anrechnung der zweiten Feiertage um einen verringert, als Ausgleich wurden 26 freie Wochentage gegeben, die aber nach Belieben des Reeders über das ganze Jahr verteilt werden können, vornehmlich also in die tote Saison fallen werden. Eine Vergütung für fehlendes Personal (Par. 3 des Tarifvertrags von 1931, ab 1932 in die Überstundenpauschale einbezogen) muss der Reeder der Besatzung nur noch bei Beurlaubung bezahlen. Die Bezahlung für Sonntagsfahrt an den freien Sonntagen wurde von 50 Pfg. die Stunde auf 25 Pfg. herabgesetzt.

Die Urlaubsbestimmungen sind für manche Gruppen gegen 1932 etwas verbessert worden. Aber der Tarifvertrag von 1932 wurde unter der von der Hitlerpartei gestützten Regierung des Barons von Papen abgeschlossen. Bis 1932 konnten die freien Gewerkschaften den Steuerleuten und 2 Maschinisten 5-12 Urlaubstage durchsetzen (heute nur noch 5-10), den Kapitänen, Schiffsführern und 1. Maschinisten 13-16 Urlaubstage (heute nur noch 10-14), dem übrigen Personal 4-10 Tage (heute nur noch 4-8). Die Kündigungsfrist ist für Matrosen von 7 auf 14 Tage verlängert worden, doch gilt sie nicht mehr wenn sie am nötigsten ist, bei Stillegung im Winter.

Die neue Tarifordnung gilt seit dem 1. Juli 1934, ihre Auswirkungen für die Unternehmungen lassen sich übersehen. Der grosse Fendel-Konzern hat seine Dividende im letzten Geschäftsjahr verdoppeln können, den Werksreedereien geht es gut. Doch die Mannschaften der deutschen Rheinschiffahrt haben von diesem Segen nichts verspürt, die Tarifordnung verwirklichte keine der Nazi-Versprechungen. Dabei hätten gerade in der Rheinschiffahrt die Nazis ihre Versprechungen leicht erfüllen können: ihr Einfluss auf den vom Staat kontrollierten Fendelkonzern hätte geltend gemacht werden können. Für die Werksreedereien ist der Thyssenkonzern von grösster Bedeutung und Herr Thyssen ist führendes Mitglied der Hitlerpartei. Im Dritten Reich aber rangieren Dividendeninteressen vor Arbeiterinteressen. Die Rheinschiffer spüren es.

Sonderbeilage zum "Faschismus" No. 21 vom 2. November 1935
Nachfolgender Artikel "Wie es in Italien aussieht" wurde uns von einem Kollegen, der soeben von einer Italienreise zurückgekehrt ist, zur Veröffentlichung übergeben.

Wie es in Italien aussieht. (I.T.F.) Mussolini spielt mit seinem "zivilisatorischen" Krieg in Abessinien ein hohes Spiel. Ein Besuch in italienischen Dörfern und Städten gibt davon eine Fülle von Beispielen, trotz aller Reklame und Propaganda der Regierung, die in stärkerem Masse den je getrieben wird, und zwar sowohl nach innen wie nach aussen.

Keine Ausstellung, welches Gebiet sie auch betreffen möge, findet im Auslande statt, ohne dass Italien daran in grosszügiger Weise teilnehmen würde, um die Segnungen des faschistischen Regimes der Aussenwelt gegenüber zu offenbaren.

Und im Lande selbst schildert die Presse Tag für Tag in grellsten Farben die glänzende Stellung, die das heutige Italien in der Welt einnimmt, wie es auf dem Gebiete der Kunst, Wissenschaft, Technik und, um nicht zu vergessen, der sozialen Fürsorge überall an der Spitze steht, welche Achtung es jedem anderen Lande einflösst und wie vielversprechend die Zukunft ist, der das aufsteigende faschistische Weltreich unter der unfehlbaren Führung des Duce noch entgegen geht.

Des Humbugs all dessen, - wobei noch nicht vom heutigen Krieg die Rede ist - wird bald jeder Fremde, der in Italien seine Augen, Ohren und seinen Mund gebraucht, sehr bald gewahr.

Leistungen sozialer und technischer Art, wie z. B. die Säuglingsfürsorge, Wohnungsbau, Arbeiterbildung, Brücken- und Strassenbau, Entwässerung von Seen oder Sümpfen veranlassten die Faschisten, z. B. auf der Brüsseler Weltausstellung grosses Aufheben davon zu machen, das trotz des lateinischen Schönheitssinns, ins Bombastische ausartete.

Bei näherer Betrachtung der Tatsachen und Zahlen kann gleich festgestellt werden, dass im Auslande dieselben Leistungen in viel grösserem Masstabe vollbracht und als etwas selbstverständliches hingenommen werden. Auch im vorfaschistischen Italien war dies der Fall, besonders in Orten und Gebieten, wo die Arbeiterbewegung einen grossen Einfluss ausüben konnte. Die Gemeindeverwaltung und soziale Fürsorge in Mailand waren doch vorbildlich. Wieviel dieser technischen "Wunder", deren sich die Faschisten so rühmen, sind nicht schon unter dem demokratischen System angefangen worden?

Was ausserdem bei einem Besuch stark auffällt ist, wie sehr sich die faschistischen "Leistungen" auf den äusseren Schein richten.

Von dem neuen Bahnhof in Mailand - mit dessen Bau übrigens auch schon früher begonnen wurde, und die Meinungen über die Schönheit dieses Bauwerkes werden wohl sehr verschieden sein - sind zum Beweis davon, was der Faschismus zustande gebracht hat, Beschreibungen und Bilder in der ganzen Welt verbreitet worden. In den Orten aber, wo nur selten Fremde kommen, lassen die Bahnhofsgebäude und das Material sehr viel zu wünschen übrig.

Die neuen Autostrassen zwischen den verschiedenen Städten sollen auf diesem Gebiet etwas Unübertreffliches darstellen - hier gilt wieder: in einer Anzahl von Ländern sind neue Strassen viel schöner und praktischer angelegt worden - aber ausserhalb der grossen Verkehrszentren gibt es Strassen und Wege, die oft in nicht besserem Zustand sind als solche in den Balkanländern und in Polen.

Dasselbe gilt auch in bezug auf den Wohnungsbau; was in Italien auf diesem Gebiete geleistet wurde, versinkt in nichts im Vergleich zu den Leistungen in anderen Ländern und beschränkt sich wieder - nach dem, was in dieser Hinsicht schon früher getan wurde - zum grössten Teil auf Orte, wo dies am meisten auffällt. Im übrigen mögen die baufälligen Häuser, Höhlen und armseligen Löcher, in denen gewohnt wird, vom künstlerischem Standpunkt malerisch erscheien, in den demokratischen Ländern Westeuropas würden die meisten von ihnen, selbst in dieser Zeit, schon längst als unbewohnbar erklärt werden.

Das Bettlerunwesen und die Prostitution bestehen unter dem Faschismus angeblich nicht mehr. Bettler haben wir in stillen Strassen und auf Wegen ebenso oft vorgefunden wie früher, mehr als in nichtfaschistischen Ländern. Und was die Prostitution anbelangt, scheinen es selbst in Uniform gekleidete höhere faschistische Funktionäre nicht als bedenklich anzusehen mit Damen, die al Anzeichen des "ältesten Berufs" zeigen, in aller Oeffentlichkeit zu erscheinen.

Der westeuropäische Bauer ist ein wahrer Dandy im Vergleich zum italienischen Landmann mit seinem zerlumpten Aufzug. Und diese Erscheinung beschränkt sich nicht auf die bäuerliche Bevölkerung. Die Tatsache, dass der Italiener viel auf eine gute Kleidung hält, macht es umso auffallender und bezeichnender, dass auch in den Städten der grösste Teil der Bevölkerung schäbig aussieht.

Und wieder ist zu bemerken: die Zugschaffner in den grossen internationalen Zügen sehen gut gekleidet aus, aber der Passagier der Interesse dafür hat und sich umsieht, kann gleich bemerken, dass das Personal aller Kategorien in den Stationen und auf den Strecken fast wie eine Schar Landstreicher aussieht. Sogar ein Zugführer zwischen zwei wichtigen Provinzstädten, bildet darin keine Ausnahme, aber es war eben ein Lokalzug und früh morgens, mit dem so gut wie kein Ausländer reist.

Diejenigen in den Zügen, die nicht schlecht gekleidet aussehen, sind die Mannschaften der Eisenbahnmiliz, die stets zur Kontrolle mitreisen und deren Nutzen sich im günstigsten Falle darin zeigt, dass sie unkundigen Passagieren Auskünfte über Fahrzeiten etc. geben. Ihr Gehalt ist aber so hoch wie das eines mittleren Beamten! Und wenn sich die faschistischen Machthaber dessen rühmen, dass sie mehr als in irgendeinem anderen Lande den Personalstand bei den Eisenbahnen vermindert haben (in der Tat sank der Personalstand von 240.000 i. J. 1921 auf 138.888 i. J. 1933, also um 42,6%), so vergessen sie dabei zu vermerken, wie sehr die Kosten der zahllosen Miliz-Spione und Hüter der "Ordnung" den Eisenbahnbetrieb belasten.

Den offiziellen Zahlen im "L'Annuario Statistico" zufolge betrug ihre Anzahl im Jahre 1933: 19.376, wovon 4.837 im täglichen Dienst. Dieselbe Quelle gibt als jährliche Ausgaben für diesen "Dienstzweig" 43½ Millionen Lire an, d. s. etwa 5¼ Millionen Hfl.

x x x

All das weiss die italienische Bevölkerung selbst noch viel besser als die ausländischen Besucher. Sie fühlt es am eigenen Leibe. Das Land hatte schon vor geraumer Zeit die Grenze des Bankrotts überschritten. Der Krieg stellt wieder neue gewaltige Anforderderungen - insgesamt sind 1.200.000 Soldaten mobilisiert worden - die Steuern sind riesenhaft angewachsen, die Löhne sind herabgesetzt worden wie nirgends.

Der tägliche Durchschnittlohn eines Lokomotivführers beträgt etwa Hfl. 2,30, eines Heizers Hfl. 1,90, eines Rangierers Hfl. 1,60, eines Arbeiters, Streckenarbeiters und Bremsers Hfl. 1,50; seit der Machtergreifung des Faschismus sind die Löhne etwa um 40% herabgesetzt worden.

Geschulte Arbeiter in den grossen Städten, Zimmerleute, Schlosser, Maler, Buchdrucker erhalten einen durschnittlichen Stundenlohn von Hfl. 0,20, Bekleidungsarbeiter Hfl. 0,18; Lastkraftfahrer bekommen Hfl. 1,80 pro Tag.

Das sind aber noch hohe Löhne! Im allgemeinen sind sie bedeutend niedriger. Landarbeiter bekommen durchschnittliche Stundenlöhne von Hfl. 0,13 und 0,10; Frauen die Hälfte. Dabei arbeiten sie durchschnittlich nur 200 Tage im Jahre.

Und trotzdem müssen die Zeitungen der faschistischen Korporationen klagen, dass die Unternehmer diese "vertraglich" festgesetzten Löhne nicht einhalten!

Die Preise der Kleidungsstücke und vieler anderer für Lebensbedarf bestimmter Waren sind nicht niedriger als in den westeuropäischen Ländern, manchmal sogar höher; nur das sehr niedrige Lebensniveau und die Bedürfnislosigkeit der Bevölkerung ermöglichen das Auskommen. Man frage aber nicht wie!

Die Arbeitslosenfürsorge besteht darin, dass 90 Tage lang eine Unterstützung gewährt wird, die zwischen 1,25 Lire (etwa Hfl. 0,15) und 3,75 Lire (etwa Hfl. 0,45) schwankt, je nach der Höhe der bezahlten Beiträge. Um einen Anspruch auf Unterstützung zu erlangen, muss man innerhalb 2 Jahre 24 halbmonatlich Beiträge an die Arbeitslosenkasse entrichtet haben. Nur derjenige, der im Laufe der letzten 2 Jahre mindestens 36 halbmonatliche Beiträge bezahlt hat, kann 120 Tage lang Unterstützung bekommen. Nach Ablauf dieser Periode sind die Arbeitslosen auf eine von der faschistischen Partei errichtete Wohltätigkeitseinrichtung angewiesen, die Unterstützungen ausschliesslich in Naturalien gewahrt.

x x x

Dass diese Zustände immer noch bestehen und bleiben und sogar noch schlechter werden ohne auf Widerstand zu stossen, ist sehr gut zu erklären. Einerseits besteht der gewaltige Unterdrückungsapparat mit all seinen Hilfsmitteln. Ueberall, wo Menschen zusammenkommen, wimmelt es nicht nur von gewöhnlichen Polizisten oder Gendarmen, sondern auch von bewaffneten Mannschaften der vielen faschistischen Formationen. Dabei darf die geheime Polizei nicht vergessen werden.

Man denke an die vielen Möglichkeiten der Existenzvernichtung, die den Machthabern zur Verfügung stehen, und man begreift, wie schwierig sich ein Widerstand entwickelt, und wie die Regierung imstande ist, einen solchen gleich im Keime zu ersticken.

Anderseits kann die unaufhörliche geistige Bearbeitung seitens des Staates, wobei unter grossem Aufwand von Kosten und Mühe der Bevölkerung beigebracht wird, dass es dank dem neuen Regime trotz aller Schwierigkeiten einer besseren Zukunft entgegengeht, die tägliche Beeinflussung in der Schule, Kirche und Presse und das Appellieren auf die Gefühle der Begeisterung für den Aufbau des neuen Italien, was oft in höchst demagogischer Weise geschieht (die letzten Aufrufe Mussolinis für den Krieg richteten sich an das "proletarische und faschistisch-revolutionäre Italien"!) nicht ohne Auswirkung bleiben.

Ausserdem ist in den 13 Jahren der faschistischen Herrschaft eine junge Generation aufgewachsen, die vom Sozialismus oder von einer selbständigen Arbeiterbewegung nichts weiss, die für die systematische und ununterbrochene Aufpeitschung nationalistischer Leidenschaften in doppeltem Masse empfänglich ist und die sich natürlich für das Soldatenspielen und den Militarismus im allgemeinen, den Mussolini Italien gebracht hat, gerne hergibt.

Neben den Hunderttausenden, die ihre Existenz dem neuen Regime verdanken, gibt es zweifellos viele, die noch immer das Vertrauen oder die Hoffnung hegen, dass die heutige Regierungsform trotz der gegenwärtigen Mängel und Unvollkommenheiten, dem Lande schliesslich doch Gutes bringen wird.

Besonders auf die Jugend haben die Versprechungen und die grossen Worte des Duce Eindruck gemacht - eine Möglichkeit der kritischen Analyse dieser Worte gab es nicht - und die Erklärung, wie wir sie von Italienern gehört haben, deren Urteil von Bedeutung ist, dass der Krieg im Zusammenhang mit der Stimmung, die durch jahrelange Propaganda und Versprechungen in der Jugend geweckt wurde, für das Regime zur Notwendigkeit geworden ist, ist sicher nicht zu gewagt. Jedenfalls ist es eine Tatsache, dass in der letzten Zeit die Herausgabe und Verbreitung von verschiedenen Jugendzeitschriften verboten worden ist.

x x x

Unter diesen allgemeinen Umständen ist jetzt der Krieg ausgebrochen und somit der entscheidende Augenblick für Mussolini und sein Regime gekommen.

Gelingt es ihm, durch Frechheit und ein geschicktes diplomatisches Spiel mit der Angst Europas vor Hitler für Italien Vorteile zu erzielen, z. B. Konzessionen in Abessinien und finanzielle Hilfe des Auslandes zum Lohn für die Einstellung des Krieges, so wird seine Position zweifellos gestärkt werden. Die durch Enttäuschung - nach der Erziehung der letzten Jahre und den prahlerischen Kriegsreden - verursachte Verstimmung eines Teils der Bevölkerung wird wohl unterdrückt werden können.

Wenn aber die Regierungen anderer Länder die Völkerbundsbestimmungen, die sich jetzt gegen Italien richten, genau einhalten, um dadurch gleichzeitig anderen Staaten in Europa ein warnendes Beispiel zu geben, dann sieht es für Mussolini schlecht aus.

Trotz aller bereits erzielten Erfolge in Abessinien und der "Heldentaten", die noch folgen werden.

Das Presse- und Propagandaministerium lässt nichts unversucht, um die Bevölkerung unter ihrem Einfluss zu halten. Abbildungen des Duce in verschiedenen kriegerischen Haltungen und mit kernigen Aussprüchen prangen auf den Wänden in allen Strassen bis zum kleinsten Gehöft. Es gibt keine Büros, Kaffeehäuser, Geschäftsladen etc. ohne dass sie durch Photos und Gemälde mit dem Diktator in allen möglichen Posen verziert wären. Das Verhältnis der Anzahl seiner Bildnisse und der Seiner Majestät des Königs oder des Kronprinzen, die zum Kauf angeboten werden, ist sicher zehn zu eins. Strassen, Wände, sogar Felsen sind bemalt oder mit Zetteln beklebt, auf denen die Anhänglichkeit und der Gehorsam zum Duce, "der immer Recht hat", Schlagworte vom Platz und Ruhm, die jedermann in Afrika finden kann, über die befreiende und zivilisatorische Aufgabe, die der italienische Faschismus zu erfüllen hat, zum Ausdruck kommen; oder sie enthalten Erklärungen, dass die Faschisten nichts berührt, was in der Welt über sie gesagt wird, dass sie zielsicher schiessen werden, dass Italien ein Volk von Kriegernsein muss und andere kriegslüsterne Ausserungen.

Die Tagespresse ist eine fortdauernde Anhimmelung des faschistischen Regimes und der glänzenden Eigenschaften und Heldentaten der italienischen Armeen. Die Unruhe und die Furcht vor Sanktionen kommen nur in den zu oft wiederholten Erklärungen, dass man vor ihnen keine Angst habe, und in den heftigen Schimpfereien auf den Völkerbund und besonders auf England zum Ausdruck.

Die italienische Sprache eignet sich vielleicht mehr als irgendeine andere zu Aesserungen von Spott, Hass oder Abscheu gegen Personen oder Dinge. Es ist unglaublich, auf welch niedrigem Niveau die Presse, besonders die sog. humoristisch-satirischen Blätter, die Gegner, ganz gleich ob den Völkerbund oder Abessinien, bekämpfen. Keine Spur von Ritterlichkeit ist übriggeblieben. Die Art, auf welche z. B. der Negus und seine weiblichen Familienmitglieder in Wort und Bild dargestellt werden, ist einfach ekelerregend und überschreitet oft die Grenzen der Pornographie.

Mehr als zu normalen Zeiten paradieren massenhaft die verschiedenen faschistischen Formationen, wobei der Jugend von 8 bis 10 Jahren und mehr, Knaben und Mädchen, ein wichtiger Platz eingeräumt wird. Knaben von 12 und mehr Jahren sind bereits mit kleinen aber wirklichen Gewehren mit Bajonetten bewaffnet.

Nach jedem grossen "Sieg" finden ausserdem "spontane" Kundgebungen statt...

x x x

Die Versammlungen, die am 2. Oktober anlässlich der allgemeinen Mobilisierung gehalten wurden, waren unter den geschilderten Umständen wirklich massenhaft besucht.

Und jedoch überzeugt man sich schon nach ganz kurzem Aufenthalt im jetzigen Italien, dass trotz aller Anstrengungen der Regierung der Krieg nicht populär ist. Schon das Ziel - Abessinien - zieht nicht, weil man sich fragt, welchen Nutzen selbst eine vollständige Unterwerfung dieses für Emigration ungeeigneten Landes dem italienischen Volk bieten kann, abgesehen von den ungeheueren Opfern an Gut und Blut. Und den eventuellen Massnahmen des Völkerbundes sieht man mit Besorgnis entgegen.

Schon jetzt ist ein fast allgemeiner Aufstieg der Preise eingetreten. Die Regierung bemüht sich zwar, mildernd einzugreifen, aber angesichts der drohenden Gefahr der kommenden Knappheit ist es ihr unmöglich, die Preise auf dem jetzigen Niveau zu halten und Hamsterei zu verhindern. Bisher ist es nur gelungen, die Brotpreise zu halten, aber allgemein wird jetzt schon über baldige Einführung von Brotkarten gesprochen. Wie werden uns Oesterreich und Ungarn, die sich geweigert haben, die Sanktionen anzuwenden, genügend helfen können? diesen Seufzer hört man überall. Mit Bangen blickt man dem Winter entgegen.

Auch für die faschistischen Paraden, die wir in verschiedenen grossen und kleinen Städten gesehen haben, war das Interesse gering. Sehr deutlich stehen die Massen der Bevölkerung ausserhalb dieser Paraden. Oft wurden spontan, wenn auch nicht laut, höhnische Bemerkungen über die Geldvergeudung und die Vergiftung der Kinderseele gemacht.

Die "spontanen" Freudekundgebungen nach den ersten grossen Siegen in einer der grössten Städten Norditaliens bildete einen Gruppe von etwa hundert Knaben und Männern mit Musik und eine Truppe halbwüchsiger Jünglinge, etwa 40 bis 50 an der Zahl, offensichtlich Büroangestellte und Studenten, die unter fortwährendem Singen und Spielen des faschistischen Liedes "Giovinezza" zum Stadtzentrum und zurück zogen. Eigentlich ein armseliges Schauspiel, trotz des Lärms, der dabei gemacht wurde.

Mehr als einmal haben wir auch bemerkt, wie die Soldaten, die bei den offiziellen faschistischen Paraden die Strassen und Plätze absperren mussten, es nicht unterliessen, untereinander spöttische Bemerkungen zu wechseln.

x x x

Das Misstrauen zu der eigenen Presse und zu den offiziellen Mitteilungen der Regierung zeigt sich auch in dem grossen Interesse, das die ausländischen Zeitungen geniessen. Wo sich ein Italiener öffentlich mit einer französischen oder englischen Zeitung zeigte, bildeten sich gleich Gruppen von Neugierigen, um aus dem Inhalt etwas zu erfahren. Die italienische Presse schrieb deswegen von dem "Skandal", dass es Italiener gibt die sich jeden Tag beeilen, ausländische Zeitungen zu lesen oder mit Vorliebe ausländische Radiosendungen anzuhören. Wahrscheinlich wird bald irgendein "spontaner" Beschluss der Zeitungsverkäufer erscheinen, keine ausländischen Zeitungen mehr zu bestellen. Die Regierung verbietet das nicht, aber praktisch bleibt es doch ungefähr dasselbe und sie kann dann ihre Aufmerksamkeit mehr dem Radio widmen.

x x x

Ein jetziger Besuch in Italien, dem herrlichen Lande mir seinen Kustschätzen, seinen Naturschönheiten und seiner im Wesen und Charakter so liebenswürdigen Bevölkerung, verstärkt beim Besucher die Abscheu vor dem Faschismus, der so viel Schönes und Gutes vernichtete und nicht imstande war, dem Land und Volk anderes dafür zu geben als Sklaverei, Verarmung an gesitigen und materiellen Gütern, Hunger und Krieg.

Ein solcher Besuch verstärkt auch die Hoffnung, dass der Faschismus in eigenem Schmutz den Tod finden wird.

Noch herrscht eine kleine Minderheit, dank ihrer vollständigen Herrschaft über die Staatsgewalt. Noch ist die grosse, träge Masse der Bevölkerung gezwungen, die Rolle des passiven Beobachters zu spielen, wenn auch mit wachsender Sorge und Unzufriedenheit.

Wenn aber Rückschläge eintreten, sei es wegen der Massnahmen des Völkerbundes zum Schutze des Friedens gegen den, der den Krieg entfesselte, sei es wegen empfinglicher Niederlagen, die die Abessinier trotz ihrer technischer Unterlegenheit dem fremden Eindringling eventuell beibringen, sei es wegen der grossen Anzahl Opfer, die die italienischen Truppen unter dem mörderischen Klima erleiden und in der Bevölkerung zu Hause die Erinnerung an die Worte des ehemaligen Revolutionärs Benito Mussolini wachrufen, die er damals gesprochen hatte, als er zum Kampf mit allen Mitteln gegen den damaligen Kolonialkrieg und zur Bestrafung der verantwortlichen Machthaber aufforderte, dann wir zweifellos an dieser Lage ein Ende kommen.

Entweder wird sich das Herrscherhaus, das unter dem Faschismus auf weniger als ein blosses Ornament herabgesunken ist und das nach vertraulichen Mitteilungen aus verlässlichen Quellen jetzt schon mit banger Sorge zusieht, welchen Platz Italien in der Gemeinschaft der Völker bekommen hat, mit Hilfe der Armee der heutigen Machthaber entledigen, bevor es mit ihnen untergeht, oder wird das Volk selbst Wege und Mittel zu finden wissen, um sich trotz der Unterdrückung zu erheben und sein Los selbst in die Hände zu nehmen.

Unsere Kameraden, die jetzt unter Einsetzung ihrer persönliche Freiheit und des Lebens in Italien für die Freiheit und Demokratie kämpfen, haben eine ungemein schwierige aber doch dankbare Aufgabe zu erfüllen.

Unterstüten wir diese Helden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln!

---